

# BÜCHER

---

## FORTSCHRITT ZWISCHEN BEJAHUNG UND SKEPSIS

---

Rezension von: Heinz Kienzl, Wir bejahen den Fortschritt. Die Wirtschaftspolitik des ÖGB, Verlag des ÖGB, Wien 1991, 112 Seiten, öS 228,-

---

1975 hat Heinz Kienzl aus Anlaß des in diesem Jahr stattfindenden 8. ÖGB-Bundeskongresses eine Broschüre mit dem Titel „Gesellschaft am Wendepunkt!“ veröffentlicht. Darin setzte er sich mit den neuen Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bei sinkenden Wachstumsraten auseinander, wobei er besonders intensiv auf die damals brandaktuelle Diskussion über die „Grenzen des Wachstums“ einging. 1991, also sechzehn Jahre danach, und wiederum aus Anlaß des ÖGB-Bundeskongresses, hat Heinz Kienzl neuerlich seine Gedanken zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Buchform präsentiert. In seinem neuen Buch geht es um eine Analyse der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in den letzten eineinhalb Jahrzehnten sowie um eine kritische Bewertung der Erfahrungen der Wirtschaftspolitik in diesem Zeitraum. Kienzl zitiert dabei ausführlich aus seinem älteren Buch – sonderbarerweise, ohne dessen Titel zu erwähnen – und konfrontiert seine Einschätzungen von damals mit der tatsächlichen Entwicklung.

Mit Befriedigung stellt der Autor

fest, daß er mit seiner Kritik am Zukunftspessimismus, der von vielen Sozialwissenschaftlern aus den damals hoch im Kurs stehenden „Weltmodellen“ abgeleitet wurde, recht behalten hat. Auch wenn es im Verhältnis von Wirtschaft und natürlicher Umwelt noch viele ungelöste Probleme gibt, so zeigen die heute erkennbaren Wirkungen einer Vielzahl von umweltpolitischen Maßnahmen, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt bei entsprechendem Einsatz wirtschaftlicher Ressourcen in der Lage ist, gefährliche Entwicklungen abzuwenden und Verbesserungen der Umweltsituation zu erreichen – nicht nur ohne einen „Ausstieg aus der Industriegesellschaft“, sondern auch bei weiterer Steigerung des Lebensstandards. Das Haupthindernis für eine konsequente Umweltpolitik sieht Kienzl in der grün-alternativen Bewegung selbst, die mit ihren Bürgerinitiativen gegen so gut wie jedes Projekt der Müllentsorgung, des Recycling von Altmaterial, des Kraftwerksbaus, des Eisenbahnbaus usw. gerade jene Maßnahmen blockiert und oft auch verhindert, welche zur Lösung der Probleme gesetzt werden müßten.

Wenn dieses Thema auch im neuen Buch Heinz Kienzls einen wichtigen Platz einnimmt, so gilt sein Hauptinteresse einerseits den wirtschaftspolitischen Fragen, welche sich aus heutiger Sicht international und auch in Österreich neu oder anders stellen als 1975, und auch den gesellschaftspolitischen Veränderungen.

Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen blickt Kienzl zurück in die unmittelbare Nachkriegszeit und erinnert an die damaligen Diskussionen über Markt- und Planwirtschaft bzw. über

Privat- und Staatseigentum an den Unternehmungen. Der Zusammenbruch des sogenannten „realen Sozialismus“ in Osteuropa hat nur bestätigt, was schon seit längerer Zeit erkennbar war, nämlich daß die Marktwirtschaft einer staatlichen Planwirtschaft an Leistungsfähigkeit weit überlegen ist und daß Dynamik und Effizienz einer Wirtschaft von den privaten Unternehmungen ihre entscheidenden Impulse erhält. Kienzl geht in diesem Zusammenhang auch auf die Schwäche der eigenen Vorstellungen über die Rolle gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen ein: „Wenn man die Forderungen und Erwartungen, die an die Gemeinwirtschaft gerichtet wurden und die man in sie setzte, mit den Entwicklungen in den späten siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre vergleicht, muß man wohl ehrlicherweise bekennen, daß die übertriebenen Erwartungen, die man in die Gemeinwirtschaft setzte, zu vielen Fehlentwicklungen, die die Gemeinwirtschaft vor allem in den achtziger Jahren in Bedrängnis brachten, führten. Betriebliche Mehrleistungen auf lohn- und sozialpolitischem Gebiet, Widerstand der Betriebsvertretungen gegen notwendige Anpassung an geänderte wirtschaftliche Bedingungen und nicht zuletzt ein Management, das auch lieber den bequemeren Weg der Intervention bei den Landes- und Bundespolitikern statt der mühsamen Anpassung, allenfalls mit Konflikten mit der Belegschaft, wählte, haben die Gemeinwirtschaft weit mehr abgewertet als es, gemessen an ihren Zukunftsaufgaben, gerechtfertigt ist. Da aber der ÖGB klugerweise der Gemeinwirtschaft bei weitem nicht jene Bedeutung zugemessen hat, die manche anti-kapitalistische Schwärmer ihr zumessen wollen, ist er – wenn man das bildlich so ausdrücken kann – ein wenig gestolpert, aber nicht hingefallen.“ (S. 23 f.)

Andererseits warnt der Autor auch vor einer totalen Staatsfeindlichkeit der Wirtschaftspolitik, zu der das Pen-

del derzeit vor allem in den ehemaligen Ostblockstaaten auszuschlagen droht. Wenn der Staat die ihm zukommenden Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik in Bereichen wie Infrastruktur und soziale Sicherheit nicht aktiv wahrnimmt, so sind davon ebenso nachteilige Auswirkungen zu erwarten wie von einer überzogenen Staatsintervention.

Eingehend setzt sich Kienzl mit der Bedeutung von Verbänden und Sozialpartnerschaft für die Wirtschaftspolitik und vor allem mit der Kritik von rechts und links an ihrer Wirkungsweise auseinander. Er schreibt jenen Einrichtungen, die er selbst mitgeschaffen oder mitgeprägt hat, nicht nur eine entscheidende Rolle bei der Erhaltung der Preisstabilität und indirekt damit auch des hohen Beschäftigungsniveaus in den schwierigen siebziger und achtziger Jahren zu, sondern zeigt auch anhand von Meinungsumfragen ihre ungebrochene Akzeptanz auf, die er in der betrieblichen Kooperation und auch in der österreichischen Mentalität verankert sieht. „Manche Kritiker finden, daß die Österreicher eine Konfliktscheu hätten, und daß diese Konfliktscheu eine Frucht der schlimmen Erfahrungen der Ersten Republik sei, als eigentlich dauernd Bürgerkrieg herrschte und sich die politischen Lager als Todfeinde sahen. Sie handelten von Zeit zu Zeit wie Todfeinde, man denke nur an den Aufstand des Schutzbundes, den Aufstand der Nationalsozialisten, beides im Jahre 1934, und natürlich auch an die bürgerkriegsähnlichen Zustände in den zwanziger Jahren und den Terror der austrofaschistischen Regierungen.

Nun ist es nicht Aufgabe der politischen Parteien, und noch weniger der Interessenvertretungen, durch Stellungskämpfe oder Offensiven der Journalistik Schlagzeilen und den politologischen Lehrstühlen Forschungsmaterial und Themen für Dissertationen zu liefern. Jedenfalls hat die Erfahrung in der Zweiten Republik und

insbesondere die in der Sozialpartnerschaft gemachte Erfahrung gezeigt, daß dem Volk die Konfliktscheu ihrer Spitzenpolitiker jedenfalls genützt hat.“ (S. 44 ff.)

Die größte Gefahr für das in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern hohe Maß an Ausgewogenheit der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen sieht Kienzl in den unübersehbaren Entsolidarisierungstendenzen in fast allen Bereichen, die er als ein Produkt des Wohlstands erklärt, welcher viele Bindungen an früher bestehende Kollektive aufgelöst hat: „Natürlich ist der Mensch, der im Auto, im Einfamilienhaus, im Fernsehen, in der leeren Fabrik und im Büro vereinzelt ist, und vor allem im Auto den Mitmenschen als Gegner, zumindest als Konkurrenten um den Parkplatz und um das Überwecheln bei der Kreuzung sieht, ein anderer als jener, der in der Fabrik auf Gedeih und Verderb auf seinen Kollegen angewiesen war. Dazu kommt noch die Erziehung in der Kleinfamilie, womöglich als Einzelkind, und in der Schule, die junge Menschen mit einem Übermaß an Selbstbewußtsein erfüllt. Ihnen wird eingetrichtert, daß sie die Gewerkschaft nicht brauchen, sondern ihre Probleme mit dem Chef schon am besten selber regeln können. Aber im tiefsten Grund ihres Bewußtseins rechnen sie damit, daß, wenn etwas schiefgeht, schon die Gemeinschaft helfen wird, sei es, daß sie sich um einen Arbeitsplatz sorgt, sei es, daß sie für selbstverursachte Krankheiten und Unfälle mit ihrem Gesundheitsvorsorge- und Fürsorgesystem zu Hilfe kommen wird.“ (S. 87 f.)

Hier sieht Kienzl eine wichtige Aufgabe vor allem für die Gewerkschaftsbewegung darin, die Angewiesenheit des einzelnen auf die Gesellschaft und ihre Unterstützung in vielen Lebenslagen den Menschen wieder mehr bewußt zu machen und so dem um sich greifenden Floriani-Prinzip entgegenzutreten.

Gewisse Gefahrenzeichen für die Solidarität sieht Kienzl auch in der Gewerkschaftsbewegung, in vereinzelt erkennbaren Tendenzen, Gruppenvorteile durch Vorpreschen bei Lohnforderungen zu erringen. In den meisten Fällen hätten sich solche Gruppen selbst geschadet, bei einer Aufgabe der solidarischen Lohnpolitik wären jedoch für die Arbeitnehmer als Gesamtheit schwerwiegende Nachteile zu erwarten. Als wichtigstes Ziel gewerkschaftlicher Politik bezeichnet Kienzl in Zukunft weiterhin die Vollbeschäftigung, nicht zuletzt deshalb, weil sie von rechts und links zunehmend in Frage gestellt wird. Vollbeschäftigung wirklich zu wollen heißt aber auch, ihr andere Forderungen wirtschafts- oder sozialpolitischer Art erforderlichenfalls auch unterzuordnen.

Soweit einige wichtige Grundzüge des wirtschafts- und sozialpolitischen Credos eines altgedienten Gewerkschaftsfunktionärs und Notenbankers, der zur Erfolgsstory der Zweiten Republik nicht wenig beigetragen hat und die Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung der letzten viereinhalb Jahrzehnte auch in Zukunft für wünschenswert und möglich hält. Dennoch mischen sich in den generellen Optimismus des Autors auch gewisse Zweifel, welche offenbar auch im Titel, bei dem ein leicht resignativer Unterton unüberhörbar mitklingt, zum Ausdruck kommen sollen.

Die Skepsis hat offensichtlich auch psychologische Gründe, daß die meisten Weggefährten und Mitkämpfer des Autors, die eine politische Orientierung persönlich verbürgten, heute von der politischen Bühne abgetreten sind. Über das ganze Buch verstreut finden sich viele persönliche Reminiscenzen an Akteure der Wiederaufbauperiode, welche der Lektüre des an sich schon flüssig geschriebenen Buches zusätzliche Würze geben.

Teilweise scheint Kienzls Skepsis auch aus einer Überbewertung bestimmter Entwicklungen zu resultieren.

ren, denen freilich ein gewisser Symbolcharakter nicht abzusprechen ist. So etwa ist die Planwirtschaft im Ostblock nicht deshalb gescheitert, weil sie die Infrastruktur vernachlässigte – wie Kienzl meint. Ihre Vernachlässigung war bereits eine Konsequenz des Schwächezustandes des staatlichen Produktionssystems, und auch die Realisierung des Projekts von Nagymaros hätte das alte System in Ungarn nicht gerettet. In einem marktwirtschaftlich reorganisierten Ungarn wird man schon noch draufkommen, daß der Bau dieses Kraftwerkes sehr wohl sinnvoll ist.

Kein Zweifel, fehlkonzipierte Steuerungsmaßnahmen können viel Scha-

den anrichten. Aber vielleicht überschätzt Kienzl etwas den Spielraum dessen, was Wirtschaftspolitik gestalten kann. Jedenfalls sollte sie sich aber nicht die Themen von den Eigengesetzlichkeiten populistischer Agitation vorgeben lassen. Und darin ist Kienzl zuzustimmen, daß dieser Agitation die Sache mitunter zu leicht gemacht wird.

Günther Chaloupek

#### **Anmerkung**

1 Verlag des ÖGB, Wien 1975